

V-36 Glaubhaft für den Frieden - Nur Abrüstung bringt langfristig Sicherheit

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Tagesordnungspunkt: V TOP 10 - Verschiedenes (1/2)

Antragstext

Wir sind und bleiben die Partei des Friedens. Unser Ziel ist eine Welt, in der Konflikte ohne Gewalt ausgetragen werden - durch Recht, Diplomatie und internationale Zusammenarbeit.

Doch Frieden ist kein Zustand, den man nur wünschen kann, er muss abgesichert werden. Russlands imperialer Angriffskrieg, hybride Angriffe auf unsere Demokratien, völkerrechtswidrige Kriege sowie die schwindende Verlässlichkeit der USA zwingen Europa, mehr Verantwortung für seine Sicherheit zu übernehmen.

Aber gerade daher gilt:- Abrüstung bleibt das wichtigste Ziel. Die vielfach propagierte Aufrüstung verhindert erfahrungsgemäß nicht, dass keine Angriffe von außen erfolgen könnten. Auch darauf müssen wir vorbereitet sein, Schutzmechanismen installieren und mit angemessenen Mitteln, vor allem unterhalb der Waffenebene, dagegen halten. Die dafür nötige militärische Macht – auf einem niedrigen Niveau, das definitiv jede Angriffsgefahr für Nicht-Nato-Partner erkennbar ausschließt, darf nur europäisch und transatlantisch eingebettet, völkerrechtlich gebunden und gemeinsam mit Partnern eingesetzt werden.

Unser Sicherheitsverständnis: Frieden als Auftrag

Sicherheit ist mehr als militärische Stärke. Sie umfasst soziale Stabilität, Klimasicherheit, Schutz kritischer Infrastruktur und die Widerstandskraft unserer Demokratie.

Zivile Krisenprävention, Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Rüstungskontrolle haben Vorrang vor militärischen Mitteln - nicht als Floskel, sondern als Prüfmaßstab jeder Entscheidung.

Militärische Gewalt ist ultima ratio, gebunden an Völkerrecht, Grundgesetz und Parlamentsvorbehalt. Aus der Friedensbewegung kommend wissen wir: Wer Gewaltlosigkeit zum Ziel hat, muss drohende Gewalt schon in Ansätzen erkennen, aufzeigen und notfalls abwehren. Verteidigungsfähigkeit und Friedenspolitik sind für uns kein Widerspruch, sondern zwei Seiten derselben Verantwortung.

Und wir wissen: Wer abschrecken will, muss willens sein, im Ernstfall den letzten Schritt – bis zur völligen Vernichtung – zu gehen. Das führt die Politik der Abschreckung ad absurdum, sie ist keine Lösung! Sie ist im Worst Case das Ende von allem.

33 **Abrüstung: europäisch, bedrohungsgerecht, nicht**
34 **maßlos**

35 Der Maßstab unserer Abrüstung ist die reale Bedrohungslage. Mehr Geld ersetzt
36 keine Strategie. Wir wollen eine einsatzbereite Bundeswehr, die im Notfall mit
37 den europäischen Partnern als verlässlichen Beitrag zur europäischen Landes- und
38 Bündnisverteidigung dient. Die rechten Spinnereien der „stärkste nationale Armee
39 Europas“ ist für uns kein Weg. Sie kann nach der deutschen Geschichte kein
40 Beitrag zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheit sein.

41 Gemeinsame Beschaffung und eine schnellstmögliche greifende Abrüstung müssen die
42 Kosten für die Verteidigung schnell und dauerhaft senken. Die aktuell geplanten
43 Finanzmittel erhöhen die Schulden ins Unermessliche, ruinieren auf Jahrzehnte
44 die Haushalte und somit die Sozialkassen. Sie gehen zu Lasten der ärmsten
45 Menschen und legen Sprengsätze so an den sozialen Zusammenhang und unsere
46 Demokratie.

47 Zivilschutz, Cybersicherheit, Schutz kritischer Infrastruktur und
48 gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit sind gleichrangiger Teil der
49 Verteidigungsfähigkeit und müssen grenzüberschreitend organisiert werden.

50 **Die europäische Rüstungsindustrie muss dem Volk**
51 **dienen, nicht „am Volk verdienen“.**

52 Das Wachsen der Rüstungsindustrie an Umsatz, an Beschäftigten, an politischem
53 Gewicht ist unverantwortlich und muss schnellstmöglich beendet werden. Das
54 Primat der Politik ist nicht verhandelbar. Eine Demokratie, in der
55 wirtschaftliche Rüstungsinteressen sicherheitspolitische Entscheidungen prägen,
56 hat ihre Friedensfähigkeit bereits verloren. Übrig bleiben muss eine
57 leistungsfähige europäische industrielle Basis, kontrolliert und dem Gemeinwohl
58 verpflichtet, in Umfang, Kapazität und Fähigkeiten gebunden an die europäischen
59 Bemühungen zur Erlangung und Aufrechterhaltung der Landes- und
60 Bündnisverteidigung. Dazu müssen die Lobby- und Transparenzregeln verschärft und
61 die Korruption konsequent bekämpft werden. Die explodierenden Aktiengewinne
62 durch Tod und Leid sind nicht hinnehmbar. Rüstungsexporte sind nur in
63 demokratischen Länder, die sich dem Völkerrecht verpflichtet sehen, zu
64 verantwortbar. So sollen Rüstungs- und Dual-Use-Güter nur noch an Nato-Partner,
65 und das mit der zwangsaufgelegte Kontrolle der Nicht-Weitergabe an Dritte
66 ausgeführt werden. Mit europäischen (auch staatlichen) Partnerfirma, die sich
67 dem nicht unterwerfen, ist eine weitere Zusammenarbeit ausgeschlossen.

68 **Abrüstung, Rüstungskontrolle und die nukleare**
69 **Frage**

70 Abrüstung bleibt unser Ziel. Daher starten wir mit einer europäischen
71 Initiativen für Rüstungskontrolle, Risikoreduktion und Transparenz . Wir
72 arbeiten an der Wiederbelebung konventioneller Rüstungskontrolle in Europa, an
73 Transparenz- und Vertrauensbildungsmaßnahmen und an neuen Regimen für Drohnen,
74 Hyperschallwaffen, Waffen im Weltraum und militärische KI.

75 Leider müssen wir ehrlich feststellen: Nuklearwaffen existieren und Russland und
76 die USA drohen mit ihrem Einsatz. Dennoch fordern wir als ersten Schritt, die
77 völkerrechtswidrige Rolle Deutschlands mit dem sog. „Nuklearen Teilhabe“
78 umgehend zu beenden. Abschreckung würde nur funktionieren, wenn der Angegriffen
79 willens wäre, sich selbst zu vernichten. Auch aufgrund der schwindenden
80 Verlässlichkeit der USA, vor allem, aber nicht nur aufgrund seines aktuellen
81 Präsidenten, ist die Teilverfügung Deutschlands über Nuklearwaffen der USA nicht
82 länger akzeptabel. Eine gemeinsame europäische Debatte - mit Frankreich, dem
83 Vereinigten Königreich, den östlichen Partnern und innerhalb der NATO - darüber,
84 wie britische und französische Abschreckung stärker zur Sicherheit ganz Europas
85 beitragen kann, lehnen wir ebenfalls ab. Hier gilt ebenfalls das gerade bzgl.
86 „glaubhafter Abschreckung“ gesagt. Zudem ist der überwiegende Teil der Fachleute
87 der Meinung, dass aufgrund verschiedener Fakten weder Großbritannien noch
88 Frankreich die USA-Abschreckung nicht ersetzen kann.

89 Die historische Rolle Deutschlands legt uns auch daher die Pflicht auf, in der
90 Abrüstungsfrage, vor allem bei Atomwaffen umgehend tätig zu werden. Das Ende der
91 Nuklearen Teilhabe wäre ein glaubhafter erster Schritt, der Beachtung fände.

92 Wir halten selbstverständlich am Ziel einer atomwaffenfreien Welt fest, fordern
93 die Ratifizierung und den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW).
94 Glaubwürdige Abrüstungspolitik funktioniert nur ohne Abschreckung mit
95 verifizierbaren, wechselseitigen Schritten .

96 Auf dem nötigen Weg zur Europäische 97 Verteidigungsunion

98 Auf die USA ist kein Verlass mehr, ob sich das nach Trump wieder ändert ist sehr
99 fraglich.. Europa muss daher fähig werden, sich im Ernstfall selbst zu
100 verteidigen - als handlungsfähiger europäischer Pfeiler in der NATO, nicht gegen
101 sie. Partner müssen bei Fähigkeiten, Stationierung und Einsatz verbindlich
102 mitentscheiden. Kanada ist dabei auf der europäischen Ebene stänker einzubinden.

103 Neue Probleme fordern neue Lösungen unter 104 demokratische Kontrolle

105 Krieg findet zunehmend im Cyberraum, im Weltraum und über autonome Systeme
106 statt. Dafür brauchen wir gemeinsame europäische Regeln, technologische
107 Souveränität und demokratische Kontrolle:

108 Keine Maschine und keine KI entscheidet über Leben und Tod: Zielauswahl und
109 tödliche Gewalt müssen unter wirksamer menschlicher Kontrolle bleiben;
110 Deutschland setzt sich mit seinen europäischen Partnern für ein verbindliches
111 Verbot nicht hinreichend kontrollierbarer autonomer Waffensysteme ein.

Einfache Sprache

112 Hauptziel des Antrages ist die dringend nötige Deeskalation und Abrüstung. Im
113 Einzelnen:

- 114 • Dauerhafter Frieden entsteht durch Diplomatie, soziale Sicherheit und
115 Klimaschutz, nicht durch immer mehr Waffen.
- 116 • Die Abschreckung mit Atomwaffen droht mit der totalen Vernichtung.
117 Deutschland soll die Zusammenarbeit bei US-Atomwaffen sofort beenden.
- 118 • Europa muss eigenständig werden, da auf die USA kein Verlass mehr ist.
119 Durch gemeinsame Planung sollen die Militärkosten sinken, auch um die
120 Sozialkassen zu schonen.
- 121 • Die Rüstungsindustrie muss dem Gemeinwohl dienen, nicht die Politik der
122 Rüstungsindustrie. Waffenexporte sollen nur noch an demokratische NATO-
123 Partner erlaubt sein.
- 124 • Künstliche Intelligenz und Maschinen dürfen niemals eigenständig über
125 Leben und Tod entscheiden.

Begründung

folgt

weitere Antragsteller*innen

Tabitha Elkins (LV Bayern); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Philipp Schmagold (KV Plön); Martin Pilgram (KV Starnberg); Christopher Stark (KV München); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Claudia Laux (KV Coburg-Land); Eberhard Müller (KV Ortenau); Klemens Griesehop (KV Berlin-Reinickendorf); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Anja Kiemle (KV Starnberg); Nikolaus Fischer-Romer (KV Esslingen); Manuela Nader (KV München); Sibylle Brosius (KV Rhein-Pfalz); Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Yvonne Lösch (KV Bochum); Birgit Fligge (KV Bochum); sowie 82 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.